

Das Los der Straßenbahner.

Der Reichsverein der städtischen Bediensteten ist durch die Tätigkeit der christlichsozialen Scheinorganisation und durch die Maßregelungen, die feinerzeit Bürgermeister Neunayer auf sein Gewissen genommen hat, nicht zur Entfaltung gekommen. Wie bitter sich das rächt, das sehen nun die städtischen Straßenbahner und die anderen städtischen Bediensteten gar deutlich. Sie sind in dieser harten Zeit völlig auf die Gnade und das Einsehen der Herren im Rathause angewiesen und wenn diese Herren auch so tun, als ob es ihnen Ernst wäre, das Los der Bediensteten während des Krieges so zu stellen, daß ihnen das Durchhalten auch möglich ist, so geschieht es doch in Wirklichkeit nicht. Die Gemeinde Wien zieht sich immer darauf zurück, daß bei der großen Zahl ihrer Bediensteten die Vervielfachung jedes Feuerungsbeitrages große Summen ausmache. Der Herr Bürgermeister hat wiederholt mitgeteilt, daß die Kriegszulagen eine Summe von vier Millionen Kronen im Jahre ausmachen. Wie wenig das bedeutet, wollen wir an einer Zahl klarmachen.

Bei den städtischen Straßenbahnen allein machen die Löhne und Gehalte der Angestellten jährlich die Summe von etwa zwanzig Millionen Kronen aus. Gäßen die vier Millionen allein für die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen, so hätten ihre Löhne nur eine Steigerung von einem Fünftel erfahren gegenüber der zwei-, drei- und vierfachen Preissteigerung aller wichtigen Lebensmittel. Die vier Millionen bedeuten also gar nichts, selbst dann nicht, wenn sie allein den städtischen Straßenbahnern gegeben werden; aber nun sind noch die Bediensteten der Gaswerke, des Viehhofes, der Stellwagenunternehmung, der Leichenbestattung, der Straßenpflege, der Sanitätsstationen und all der anderen städtischen Betriebe und Konten da, die auch an dieser so groß erscheinenden Summe von vier Millionen Kronen ihren Anteil haben. Alles in allem sind es etwa

30.000 Bedienstete, Angestellte und Beamte, die die Stadt Wien hat, es kommen also auf einen von den vier Millionen im Durchschnitt etwa 130 Kronen jährlich. Unter solchen Umständen haben die Bediensteten vollkommen recht, wenn sie immer und immer wieder die Klage erheben, daß die Zulagen, die ihnen die Gemeinde Wien zugewendet hat, fast gar nichts bedeuten. Dazu kommt, daß die Gemeinde Wien eine ganze Reihe von Bediensteten von jeder Zuwendung von vornherein ausgeschlossen hat. Die Ledigen, die gerichtlich Geschiedenen, die verwitweten Bediensteten erhalten überhaupt keine Zulage, ebenso entfällt jede Zulage bei allen denen, die gezwungen sind, dem Vaterland ihre Dienste zu widmen, die einzürücken müssen. Dieser werden täglich mehr. Erst mit dem 15. März sind mehr als achthundert Bedienstete eingezückt. Die Erwägung, daß auch ein Bediger die riesenhafte Teuerung spürt, daß auch ein Witwer mit seinem Friedenslohn in Kriegszeiten seine Kinder nicht füttern kann, wenn die Lebensmittel zwei- bis viermal so teuer geworden sind, daß auch ein Geschiedener, der die geschiedenen Unterhaltsbeiträge seiner Frau manchmal auch seinen Kindern geben muß, dies nicht tun kann, wenn der Lohn derselbe bleibt: diese Erwägung kommt den Herren gar nicht. So ist es heute bei der Straßenbahn und wahrscheinlich auch bei allen anderen städtischen Betrieben so weit gekommen, daß es jeder förmlich als eine Erlösung empfindet, wenn er zum Militärdienst einberufen wird. Es bedeutet für ihn Flucht aus dem Elend. In dem Werkstätten ist eine Lohnerhöhung von zwei Heller für die Stunde eingetreten, das sind 18 Heller täglich, also ein so geringer Betrag, daß damit nur ein verschwindend kleiner Teil der eingetretenen Teuerung wettgemacht werden kann. Die Schaffnerin erhält 2 Kronen 88 Heller im Tage. Viele der Schaffnerinnen sind verheiratet, haben Kinder zu Hause und sollen die Kinder von diesem Lohn erhalten. Wie sollen sie das machen, wie sollen sie Brot, Gemüse, Kartoffeln schaffen, das teure Fett kaufen? Es ist wirklich ein Rätsel, wie diese armen Frauen leben. Die Gemeinde Wien sieht die Not, was eine Verfügung zur Genüge beweist. Die Pensionskasse der städtischen Straßenbahn wurde angewiesen, jedem Bediensteten einen Vorschuß zu geben, wenn er ihn begehrt, das heißt die Bediensteten müssen sich um nur wenigstens den Magen füllen zu können, auf Jahre hinaus verschulden.

Alles das wäre nicht so gekommen, wenn die Bediensteten der städtischen Betriebe ihren Reichsverein zu einer ernstwirkenden gewerkschaftlichen Organisation hätten ausbauen können, wenn ihnen nicht die gelben Organisationen des Herrn Kunschak in den Rücken gefallen wären. Diese Organisationen haben während des Krieges völlig versagt. Wie sie im Frieden geschwiegen haben, so schweigen ihre Vorführer nun erst recht und lassen sich jede Bedrückung gefallen, um für sich persönlich zu erzielen, daß sie weiter vom Militärdienst entlassen bleiben. Da also eine Organisation für die städtischen Bediensteten nicht das Wort führen kann, ist es doppelt notwendig, daß der Wiener Gemeinderat diesem Notstand aller Angestellten der Gemeinde Wien sein größtes Augenmerk zuwendet. Es geht nicht mehr an, die Bediensteten mit einem solchen Bettel, wie es bisher geschehen ist, abzufertigen. Der Krieg hat das Geld entwertet, auch die Lohnkrone, die der städtische Bedienstete erhält. Diese Erscheinung muß der Unternehmer ausgleichen; trifft er es nicht, dann soll er anderen die Führung der Geschäfte überlassen. Durchhungern heißt nicht durchhalten.

19. III. 1916